

Vorwärtsstrategie für die Schweiz

Eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik

Die Menschen sind glücklich und erfolgreich, wenn sie in ihren Entscheidungen möglichst frei sind. Wenn sie berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragraphenflut gegängelt werden. Wenn sie sich auf den Staat verlassen können, wo es ihn wirklich braucht. Die Schweiz ist heute ein solches Erfolgsmodell. Unserer Bevölkerung geht es heute besser als je zuvor. Das ist nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheiden – von den freisinnigen Gründern 1848 bis heute. Die Grundlage dafür ist eine leistungsbereite Bevölkerung in einer funktionierenden Wirtschaft. Denn Unternehmen schaffen trotz internationaler Konkurrenz Arbeitsplätze in der Schweiz. Dank optimalen Rahmenbedingungen können sie, ihre Mitarbeitenden und weitere Privatpersonen Wertschöpfung generieren und über diverse Steuern und Abgaben die Leistungen des Staates finanzieren.

Doch es stehen dunkle Wolken am Horizont: Die Beziehungen der Schweiz zur EU sind voller Unsicherheiten und die internationale Steuerpolitik könnte die Schweiz vor neue und erhebliche Herausforderungen stellen. Zudem breitet sich der Staat auch in der Schweiz immer weiter aus, was Regulierung für Menschen und Wirtschaft bedeutet und die bewährte Schuldenbremse bedroht.

FDP.Die Liberalen ist überzeugt: Nur wer sich vorbereitet, ist für die Zukunft gewappnet. Darum fordern wir eine aktive Vorwärtsstrategie zur Stärkung der Schweizer Wirtschaft. Wir müssen für Menschen und für Unternehmen attraktiv bleiben, Investitionen in der Schweiz sollen sich lohnen. Nur so können wir auch in Zukunft Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz erarbeiten. Für die FDP ist daher auch die langfristige Absicherung des bilateralen Weges von grosser Bedeutung. Denn sowohl die Kündigung der Bilateralen wie auch der Stillstand der Beziehungen zur EU wären mit schwerwiegenden Folgen für unseren Wohlstand verbunden.

Verabschiedet am 12. August 2019 durch den Parteivorstand der FDP.Die Liberalen

Kennen Sie bereits unser Positionspapier zu den KMU?

Dieses nimmt gezielt Forderungen für wettbewerbsfähige und erfolgreiche KMU auf und wurde 2017 von der Delegiertenversammlung der FDP verabschiedet. Sie finden es auf www.fdp.ch/positionen/wirtschafts-und-steuerpolitik/

1. Ausgangslage

Die Schweiz ist ein kleines, innovatives, offenes und exportorientiertes Land inmitten von Europa. Unserer Bevölkerung und Wirtschaft geht es heute besser als je zuvor. Die Arbeitslosigkeit ist tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Für ein prosperierendes Umfeld sorgen diverse liberale Errungenschaften, wie etwa eine tiefe Einbettung in den EU-Binnenmarkt, der gleichzeitig der weltgrösste Wirtschaftsraum und der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für Schweizer Produkte ist. Ebenfalls profitieren wir von rund 30 Freihandelsabkommen weltweit sowie von stabilen politischen Institutionen. Eine ansprechende Steuerpolitik, ein hervorragendes Bildungssystem und ein liberales Arbeitsrecht runden das Bild ab. Doch diese guten Rahmenbedingungen sind nicht naturgegeben. Während die ausländische Konkurrenz agil ist und in ihre Wettbewerbsfähigkeit investiert, sind hierzulande die liberalen Rahmenbedingungen zusehends politischen Angriffen mit dem Ziel von mehr Umverteilung und vermeintlicher Besitzstandswahrung ausgesetzt. Einerseits wird beispielsweise gefordert, dass die Steuern auf Kapital erhöht werden, obwohl die Vermögenssteuern bereits heute massive Höhen erreichen können, andererseits soll die Personenfreizügigkeit mit der EU trotz dem Risiko gekündigt werden, dass dies das Aus für die bilateralen Verträge mit der EU bedeutet. Gerade auch weil die Beziehungen zur EU stagnieren, müssen wir dafür sorgen, dass Unternehmen und Investoren in der Schweiz bleiben – oder überhaupt erst hierherkommen. Denn ihre Investitionen in Arbeitsplätze, ihre Steuern, und Sozialversicherungsbeiträge ermöglichen unseren Wohlstand.

Die FDP fordert daher eine umfassende wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie zur Steigerung der Standortattraktivität, damit wir Arbeitsplätze und Wohlstand im Interesse der Menschen in der Schweiz bewahren können. Die bestehenden guten Rahmenbedingungen der Schweiz sind durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken. Wettbewerbsnachteile, welche die Schweiz ohne internationalen Zwang aufrechterhält, sind zudem unbedingt abzuschaffen. Ausufernde Staatsausgaben müssen unbedingt unter Kontrolle gebracht werden, damit wir Reserven für notwendige und gezielte Investitionen haben, welche sich langfristig auszahlen werden. Die Schuldenbremse ist dabei zwingend einzuhalten, denn Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Aufgrund der starken wirtschaftlichen Verflechtung unseres Landes mit den europäischen Nachbarregionen kommt insbesondere den bilateralen Verträgen eine herausragende Bedeutung für die Standortattraktivität und den Wohlstand der Schweiz zu. Die Schweiz profitiert erwiesenermassen von der Integration in den Binnenmarkt – mehr als die meisten EU-Staaten. Die langfristige Absicherung des bilateralen Weges mittels eines stabilen rechtlichen Rahmens ist für die FDP. Die Liberalen daher ein klarer Vernunftentscheid.

Im Folgenden präsentiert die FDP ihre Rezepte, um die Schweiz für die Zukunft fit zu machen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Stärke des Schweizer Werkplatzes ist seit jeher die Innovationskraft und Zuverlässigkeit. Diese Vorteile müssen wir ausbauen. Darüber hinaus muss die Schweizer Wirtschaft unbedingt durch optimale Rahmenbedingungen unterstützt werden. Regulierung muss konsequent abgebaut und die Digitalisierung im Interesse der Volkswirtschaft aktiv genutzt werden. Ansonsten können Schweizer Firmen ihre Mittel nicht mehr am effizientesten investieren, sondern sind aufgehalten durch den Kampf gegen regulatorische Windmühlen.

- › **Die öffentliche Verwaltung muss im Dienste der Wirtschaft stehen:** Verwaltungsstellen auf allen föderalen Stufen müssen mitdenken, Standortvorteile schaffen und das Unternehmertum erleichtern. Die öffentliche Verwaltung und die Politik müssen der Wirtschaft und Gesellschaft Chancen ermöglichen und Freiraum schaffen. Mögliche Investoren und interessierte Firmen müssen zudem über einen one-stop-shop eine zentrale Anlaufstelle haben, um Abklärungen treffen zu können. Zudem muss der Staat effizienter werden, in dem er geschlossene Märkte konsequent und transparent ausschreibt, falls er die entsprechende Tätigkeit nicht ohnehin privatisieren bzw. liberalisieren sollte.
- › **Koordinierte und starke Präsenz im Ausland:** Die Schweiz braucht einen einheitlichen und professionellen Auftritt im Ausland, damit für die Marke Schweiz und unsere Standortvorteile geworben werden kann. Die Schweiz hat viel zu bieten – unter anderem ein exzellentes Bildungssystem, gute Infrastruktur, massvolle Steuern sowie Stabilität durch verlässliche Institutionen und einen

funktionierenden Rechtsstaat – welche für Firmen und ihre Mitarbeiter von Interesse sind. Diese müssen aktiv im Ausland ausgespielt werden, damit Unternehmen auf uns aufmerksam werden und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Schweiz anstreben.

- › **Endlich einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer:** Das teure und mühselige MWST-Bürokratiemonster gehört endlich gebändigt. Erleichtern wir unseren Firmen den Alltag, indem wir die Ausnahmen und Sondersätze abschaffen. Wir fordern den europaweit einfachsten und tiefsten Einheitssatz.
- › **E-Government konsequent umsetzen:** Die Digitalisierung bietet so viele Chancen, die Prozesse zu vereinfachen und das Unternehmertum dadurch zu fördern. Hier müssen die Chancen effektiv und rasch genutzt werden. Die elektronische Unterschrift und die E-ID müssen zudem vorangetrieben werden, damit Wirtschaft und Bevölkerung von medienbruchfreien Behördengängen profitieren können. Die Digitalisierung und Vernetzung des Handelsregisters in diesem Zusammenhang ist zu begrüßen und muss weiterverfolgt werden.
- › **Unternehmertum und Start-up-Szene den Weg ebnen:** Unternehmern dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Nur so verhelfen wir Ideen in der Schweiz zum Durchbruch. Wenn wir klugen Köpfen Steine in den Weg legen, entgeht der Schweiz sonst viel Wohlstand. So sind bessere Bedingungen für Mitarbeiterbeteiligungen zu schaffen und die Anerkennung der Selbstständigkeit muss vereinfacht werden. Für Plattformbeschäftigte ist ein neuer Status einzuführen, welcher die Unsicherheiten bezüglich sozialen Schutzes ein für alle Mal klärt.
- › **Stabile Verhältnisse garantieren:** Die Schweiz ist international ein sicherer und stabiler Hafen. Diesem Standortvorteil muss Sorge getragen werden. Die öffentliche Sicherheit und der Schutz der Grundrechte müssen einen hohen Stellenwert einnehmen. Mit dem Erhalt der bestehenden Datenschutzstandards soll die Schweiz auch künftig ein attraktiver und sicherer Serverstandort zur Speicherung von Daten bleiben.
- › **Infrastrukturen attraktiv gestalten:** Die Schweiz muss mit einer exzellenten Verkehrs- und Telekom-Infrastruktur einen Standortvorteil vorweisen können. Sie muss fit sein für die digitale Welt und neben der Beschleunigung des Ausbaus braucht es genügend Mittel für den Unterhalt. Die Regulierung muss die optimale Verwendung bestehender Infrastrukturen ermöglichen und dürfen nicht vorauseilend sein.

Fakten und Zahlen

- › Die Mehrwertsteuer-Administration kostet Unternehmen 1,76 Mia. CHF pro Jahr.¹
- › Im «Ease of Doing Business» rutscht die Schweiz kontinuierlich ab und hat 2019 noch Platz 38 inne.²
- › Die Schweiz verlor an Gewicht als Hauptsitz für Firmen und rutschte von Platz 1 auf 3³

3. Fachkräfte

Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte Fachkräfte. Innenpolitisch sind daher die nötigen Massnahmen zu treffen, um das inländische Arbeitskräftepotenzial zu stärken. Der Kampf um die besten Talente spitzt sich aber weltweit zu. Die bürokratischen Zulassungsverfahren von Fachkräften aus Drittstaaten zum Schweizer Arbeitsmarkt und die restriktive Kontingentierung sind daher einer dynamischen Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Schweiz hinderlich. Die Personenfreizügigkeit wiederum, die eine unkomplizierte Anstellung von EU-/EFTA-Staatsangehörigen ermöglicht, steht innenpolitisch unter Druck. Die Herausforderung in der Zuwanderung besteht darin, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass einerseits die Unternehmen unbürokratisch an qualifiziertes Personal kommen, andererseits aber Missbräuche durch eine harte, aber faire Zuwanderungspolitik verhindert werden – denn Zuwanderung muss im Interesse der Schweiz sein.

- › **Fachkräfteinitiative vorantreiben und Stärken des Bildungssystems bewahren:** Wir müssen Frauen und ältere Arbeitnehmende besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Die Massnahmen im Rahmen der Fachkräfteinitiative sind zentral, um das Potential an Arbeitskräften im Inland optimal ausschöpfen zu können. So muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter ausgebaut (wie beispielsweise durch die Abzugsfähigkeit der effektiven Kosten für die externe Kinderbetreuung, die Individualbesteuerung und den Abbau von Krippen-Bürokratie), die Integration von älteren Arbeitnehmenden im Arbeitsmarkt gestärkt und das Arbeiten über die Pension hinaus ermöglicht

werden. Wir fordern zudem, dass unser Bildungssystem zu den weltweit besten gehört, damit wir die nötigen Fachkräfte ausbilden können. Dazu gehören Spitzenhochschulen genauso wie unser duales Bildungssystem als Erfolgsfaktor.

- › **Unbürokratische Rekrutierung aus Drittstaaten:** Es braucht erstens ein genug grosses Kontingent für Spezialistinnen und Spezialisten aus Drittstaaten. Das Kontingent muss sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren. Diese Forderung gilt umso mehr, wenn Grossbritannien die EU verlässt und das Freizügigkeitsabkommen mit der EU, das bis anhin die Migration zwischen der Schweiz und UK regelte, wegbriecht. Zweitens müssen die Zulassungsverfahren für hochqualifizierte Fachkräfte zum Schweizer Arbeitsmarkt unbürokratisch ausgestaltet werden. Gleichzeitig ist Missbräuchen im Ausländerbereich durch den konsequenten Vollzug des Ausländerrechts ein Riegel zu schieben; zu unterbinden ist insbesondere die direkte Einwanderung in die Sozialwerke. Zuwanderung muss auf die Interessen der Schweiz ausgerichtet sein.
- › **Studienabgänger hier behalten:** Die innovativsten Länder stehen in gegenseitigem Wettbewerb um die besten Talente. In der Schweiz müssen deshalb die Voraussetzungen geschaffen werden, damit an den kantonalen Universitäten, Fachhochschulen und den Eidgenössischen Technischen Hochschulen ausgebildete ausländische Masterabsolventen und Doktoranden aus Bereichen mit ausgewiesenem Fachkräftemangel einfach und unbürokratisch in der Schweiz eine Arbeit aufnehmen können.
- › **Mit einem Start-up-Visum die Techszene stimulieren:** Zudem braucht es eine neue Kategorie von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen, die in der Schweiz ein Unternehmen gründen oder in ein in der Gründung begriffenes Unternehmen investieren wollen. Für junge Unternehmen/Start-Ups sind die Hürden für die Rekrutierung von Drittstaatenangehörigen besonders hoch, was sich nachteilig auf die Start-Up- und Techszene auswirkt.
- › **Innovation und Mobilität gewährleisten:** Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) ist aus wirtschaftlicher Sicht eines der wichtigsten bilateralen Abkommen. Es hat seit Inkrafttreten zu höherem Wachstum, höherer Innovationsleistung und höherer Arbeitsproduktivität geführt. Ausserdem trägt das Abkommen dem Bedürfnis einer mobiler werdenden Gesellschaft Rechnung, indem es allen Schweizerinnen und Schweizern die Freiheit einräumt, unkompliziert in der EU eine Arbeit aufzunehmen oder zu studieren. Die positiven Impulse der Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Wirtschaft und die Mobilität der Schweizer Bürger sind durch die Ablehnung der FZA-Kündigungsinitiative langfristig zu gewährleisten. Bei einem Wegfall des FZA bräuchte es unilaterale Massnahmen, namentlich im Bereich der Zulassungsverfahren und der Kontingentgrösse, wie oberhalb.

Fakten und Zahlen

- › In den kommenden 10 Jahren fehlen der Wirtschaft bis zu 500'000 Fachkräfte.⁴
- › Die Einwanderung folgt in erster Linie den wirtschaftlichen Bedürfnissen und dem konjunkturellen Kontext.⁵ Aufgrund der erstarkten Konjunktur in der EU sank die Zuwanderung aus der EU im Jahr 2018 auf 31'000 Personen (zum Vergleich 2013: 68'000). Gesamthaft kamen 2018 rund 54'000 Personen in die Schweiz.⁶
- › Seit Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens 2002 stiegen die Erwerbsquote und die Löhne in der Schweiz. Die Bruttolöhne stiegen von 6616 Franken/Monat im Jahr 2002 auf 7716 Franken/Monat im Jahr 2016 (durchschnittliches Wachstum von 1,1% pro Jahr). Es fand keine Verdrängung von Inländern durch EU/EFTA-Ausländer statt.⁷

4. Liberalisierung im Inland

Die Schweiz ist stark und wohlhabend, weil sie sich im Wettbewerb behaupten kann und muss. Konkurrenz verbessert die Qualität und fördert den Fortschritt. Die Schweiz muss daher gerade in unsicheren Zeiten die Liberalisierung vorantreiben und dies insbesondere auch im Inland, wo wir frei sind, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Staat und Wirtschaft fit zu trimmen. Wenn wir im Inland liberale Rahmenbedingungen schaffen, fördert dies einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und macht die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und Verlagerungen von Arbeitsplätzen aus dem Ausland.

- › **Arbeitsmarkt braucht ein digitales Update:** Ein Ass der Schweiz ist der liberale und flexible Arbeitsmarkt. Doch auf diesen Lorbeeren darf nicht ausgeruht werden. Bereits jetzt hinkt das Arbeitsgesetz den Realitäten des digitalen Zeitalters hinterher. Statt die Arbeitnehmenden da zu schützen, wo es nötig ist, verunmöglicht es der Wirtschaft praxisbezogen und den Arbeitnehmenden flexibel zu arbeiten. Hier müssen die notwendigen Anpassungen vorgenommen werden, damit unter anderem flexiblere Arbeitsmodelle für leitende Angestellte und Fachspezialisten und Homeoffice möglich werden.
- › **Investitionen anziehen, nicht abschrecken:** Investitionen in die Schweiz sind absolut notwendig, um Arbeitsplätze und Innovation zu schaffen. Wir sind momentan noch Weltmeister im Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen. Doch statt diesen Vorteil zu stärken und die Schweiz attraktiv zu halten, werden neue Hürden und Kontrollen aufgebaut. Wir sollten im Gegenteil alles dafür tun, dass die Schweiz Investitionen anzieht. Schutz braucht die Schweiz nur gezielt, zum Beispiel im Bereich der Cybersicherheit oder bei kritischen Infrastrukturen, wo bereits Massnahmen bestehen.
- › **Keine Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen:** Immer mehr staatsnahe Unternehmen oder solche die sich komplett in Staatsbesitz befinden, stehen aufgrund der Ausweitung ihrer Produkte oder Dienstleistungen im Wettbewerb mit privaten Unternehmen. Sie verfügen aber über ganz andere Mittel und Sicherheiten als Private und dürfen diese Vorteile nicht zum Nachteil von privaten Konkurrenten ausspielen. Hier müssen dringend Schranken gesetzt werden, damit sie nicht die Privatwirtschaft in einem unfairen Wettbewerb verdrängen.
- › **Hochpreisinsel mit Wettbewerb bekämpfen:** Die Schweiz hat im internationalen Vergleich hohe Preise und die Produktionskosten im Inland sind hoch. Statt dies mit noch mehr staatlicher Regulierung bekämpfen zu wollen, sollte dies durch mehr Wettbewerb erreicht werden. Handelshemmnisse und Zölle sind abzubauen, Regulierung muss abgeschafft werden und missbräuchliche Monopolstellungen oder eine missbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht muss gezielt angegangen werden. Die unilaterale Abschaffung der Industriezölle ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Zudem muss das Cassis-de-Dijon-Prinzip unbedingt gestärkt werden, damit Importe erleichtert werden. Die Einführung des Meldeverfahrens ist daher klar zu begrüßen und dessen Umsetzung unbedingt weiterzuverfolgen. Notwendigkeit.

Fakten und Zahlen

- › Die letzte Revision des Schweizer Arbeitsrechts datiert aus dem Jahr 1964, geht aber zurück auf das Fabrikgesetz von 1877 und ist immer noch auf das industrielle Arbeiten ausgerichtet (fixen Arbeitsplatz, fixe Arbeitszeiten, die klare Trennung zwischen Tag- und Nachtarbeit sowie zwischen Arbeitszeit und Pausen; traditionelles Rollenbild), obwohl heute 75% der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor arbeiten.⁸
- › Im Jahr 2017 erreichte der Bestand an Direktinvestitionen in der Schweiz 1088 Milliarden Franken (163 Prozent des BIP), jener von Schweizer Investoren im Ausland betrug gar 1228 Milliarden Franken (184 Prozent des BIP).⁹

5. Internationale Vernetzung

Der Zugang zum EU-Binnenmarkt ist akut gefährdet. Bei Kündigung der Bilateralen würde dieser weitgehend wegfallen; beim blossen Status Quo würde der Marktzugang schleichend erodieren und neue Handelshemmnisse für die Schweiz entstehen. Andere Herausforderungen sind ohne neue Abkommen kaum zu bewältigen, z.B. die vollständige Integration in den europäischen Strommarkt zur Besserstellung der inländischen Stromproduktion über ein mögliches Strommarktabkommen. Der Plan A ist die langfristige Absicherung des EU-Marktzugangs mittels eines Rahmenabkommens, das aber innenpolitisch einen schweren Stand hat. Parallel dazu muss das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU gestärkt werden, um neue Marktzugänge für unsere Unternehmen zu erschliessen. Protektionismus schadet der Schweiz als kleines, exportorientiertes Land nur und schafft Unsicherheiten für die Wirtschaft.

- › **Freihandelsabkommen im Interesse der Schweiz abschliessen:** Freihandelsabkommen mit Drittstaaten werden umso wichtiger, je unsicherer die Beziehungen zur EU sind. Mit Volldampf sollte daher der Kontakt zu interessierten und interessanten Partnerstaaten gesucht werden, laufende

Gespräche konkretisiert und angedachte Abkommen abgeschlossen werden. Dabei müssen sensible Produkte der Schweizer Landwirtschaft vernünftig geschützt werden können, ohne dadurch zentrale Abkommen für die Gesamtwirtschaft zu verhindern.

- › **Bilateralen Marktzugang anstreben und Gespräche forcieren:** Bilateral müssen mit einzelnen Ländern die Marktzugangsgespräche verstärkt weitergeführt werden (bspw. Finanzmarkt). Darüber hinaus muss die Schweiz wo immer möglich bilateral das Gespräch suchen, damit sich EU-Mitgliedstaaten für die Schweizer Interessen in der EU einsetzen.
- › **Massnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen ergreifen:** Bei Verschlechterung der Beziehungen zur EU kommen auf die Schweiz neue Handelshemmnisse zu (bspw. Medizinalprodukte). Es ist daher, zum einen, umso dringlicher, dass die Schweiz unilateral alles Mögliche unternimmt, damit der Handel in die und aus der Schweiz gestärkt wird. Die Unternehmen müssen so gut es geht von Handelskosten erleichtert werden – gerade für KMU kann das existentiell wichtig sein. Darüber hinaus muss die Schweiz Sektoren, welche von zusätzlichen Handelshemmnissen der EU betroffen sind, gezielt unterstützen: Unilateral Anforderungen erfüllen wo möglich, Beratung, Prüfstellen und Unterstützung vor Ort im Absatzmarkt.
- › **Effektive Exportförderung:** Die Schweizer Unternehmen brauchen global Marktzugang, um ihre Produkte und Dienstleistungen verkaufen zu können. Viele Schweizer Firmen betreiben bereits erfolgreich Export, doch es gibt nicht ausgeschöpftes Potential sowohl bei den Firmen wie auch bei den Absatzmärkten, welches unbedingt genutzt werden muss. Die Schweizer Exportförderung muss dabei schlank und gezielt bleiben und gleichzeitig effektiv die Schweizer Wirtschaft fördern.
- › **Strommarktabkommen und vollständige Strommarktöffnung:** Eine vollständige Einbindung in den europäischen Strommarkt stärkt die inländische Stromproduktion, insbesondere die Wasserkraft, und verbessert die Versorgungssicherheit. Auch ohne institutionelles Rahmenabkommen soll darum weiter auf den Abschluss eines Stromabkommens im Interesse der Schweiz hingearbeitet werden. Das bedeutet, dass die technischen und regulatorischen Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um eine gleichwertige Integration möglich zu machen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die vollständige Strommarktöffnung, die immer noch nicht umgesetzt ist. Hier gilt es weiterhin Druck auszuüben, damit endlich alle Stromverbraucher von einer freien Wahl der Stromanbieter und günstigeren Strompreisen profitieren können.
- › **Gleichwertiger Datenschutz zwischen der Schweiz und der EU ohne „Swiss finish“:** In Zeiten der Digitalisierung ist ein gleichwertiges Datenschutzniveau in der Schweiz und in der EU zentral, um aufwändige Doppelspurigkeiten für Schweizer Unternehmen zu verhindern. Dabei ist auf ein „Swiss finish“, das über die Anforderungen des europäischen Datenschutzes hinausgeht, zu verzichten. Die Anerkennung der Datenschutzäquivalenz durch die EU ist eine Notwendigkeit.

Fakten und Zahlen

- › Die Schweiz verfügt über 30 Freihandelsabkommen mit rund 40 Partnern weltweit, was einem Markt von 2,2 Mrd. Konsumentinnen und Konsumenten entspricht. Die Exporte der Schweizer Wirtschaft in diese Staaten machen rund 23% der Gesamtexporte aus.¹⁰
- › Die EU ist für die Schweiz die mit Abstand wichtigste Handelspartnerin. 2018 gingen 52% aller exportierten Waren aus der Schweiz in die EU, was einem Warenwert von 121.5 Mrd. Franken entspricht.¹¹ Die Jobs von rund einer Million Beschäftigter in der Schweiz hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum EU-Binnenmarkt ab.¹² Dank dem Zugang zum EU-Binnenmarkt resultiert in der Schweiz ein signifikanter Einkommensgewinn pro Kopf und Jahr (je nach Studie zwischen 3000 Franken¹³ und 4400 Franken¹⁴).

6. Steuerpolitik

Ein attraktives Steuersystem ist nebst anderen Vorteilen ein zentraler Punkt für die Ansiedlung von Firmen und vermögenden Investoren. Und diese braucht die Schweiz, denn sie finanzieren zu einem beträchtlichen Teil unseren Staat und die staatlichen Leistungen, von welchen wir alle profitieren und die unsere Lebensqualität mitprägen. Im Rahmen des international Möglichen, müssen wir über maximal attraktive Steuern verfügen – sowohl in der Höhe wie auch im Erhebungsprozess. Nur so kann die Ergiebigkeit der

Steuern für die öffentliche Hand langfristig garantiert oder gestärkt werden, indem strategisch die richtigen Fäden gezogen werden, um die Eingänge in die Staatskasse im internationalen Wettbewerb zu sichern. Diese Zielsetzung ist aktuell noch verstärkter zu verfolgen angesichts den internationalen Entwicklungen in der Steuerpolitik der OECD (Besteuerung der digitalen Wirtschaft und die darüber hinausgehenden Ansätze für harmonisierte Steuersätze), welche die Schweiz allenfalls vor grosse Herausforderungen stellen wird. Die Schweiz muss vorausschauend und aktiv die Steuerpolitik u.a. der digitalen Wirtschaft gestalten, damit wir wettbewerbsfähig bleiben können.

- › **Vorausschauende Steuerstrategie im Interesse der Schweiz:** Die Schweiz muss die steuerlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass wir langfristig wettbewerbsfähig bleiben und so die Steuereinnahmen sichern können. Die FDP fordert daher vom Bundesrat, dass er eine langfristige und nachhaltige Steuerstrategie aufsetzt und sich nicht von Dossier zu Dossier und von internationaler Empfehlung zur nächsten internationalen Empfehlung «hangelt». Die dynamischen Auswirkungen von steuerlichen Rahmenbedingungen müssen dabei verstärkt im Fokus stehen.
- › **Wettbewerbsnachteile abschaffen:** Sowohl mit dem aktuellen Verrechnungssteuersystem wie auch mit der Stempelabgaben schießt sich die Schweiz ins eigene Bein. Ohne jeden internationalen Zwang beharren wir auf zwei unattraktiven, international unüblichen und schädlichen Belastungen für Firmen in der Schweiz. Prioritär muss das Verrechnungssteuersystem so umgebaut werden, dass der 35%ige Rückbehalt in Fällen aufgehoben werden kann, in welchen er weder einen Sicherungszweck erfüllt noch zurückgefordert werden kann. In einem zweiten Schritt muss auch endlich die Abschaffung der Stempelabgaben schrittweise angegangen werden. Beide Projekte werden mittel -und langfristig mehr Geld in die Staatskassen fliessen lassen, weil der Standort Schweiz für zahlungskräftige Firmen attraktiver wird.
- › **Anrechnung ausländischer Quellensteuern unabhängig von bilateralen DBA:** Viele Staaten betreiben bereits Wirtschaftsförderung über die Anrechenbarkeit von ausländischen Quellensteuern. Die Schweiz muss hier unbedingt mitziehen und Schweizer Firmen so den Eintritt in Märkte, insbesondere von Schwellenländern, erleichtern. Wo immer möglich muss diese Anrechenbarkeit über Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) oder Freihandelsabkommen geregelt werden, doch im Interesse der Schweiz liegt auch eine gezielte unilaterale Anrechenbarkeit unabhängig vom Bestehen dieser bilateralen Instrumente.
- › **Rechtssicherheit ohne Swiss Finish gewährleisten:** Der internationale Mindeststandard im Steuerbereich muss umgesetzt werden, damit für Schweizer Firmen Rechtssicherheit besteht. Es dürfen keine schwarzen Listen riskiert werden, welche die Handelstätigkeit unserer Firmen einschränkt. Das heisst aber gleichzeitig, dass die Schweiz auf jeden Swiss Finish zusätzlich zur internationalen Regulierung verzichten soll.
- › **Individualbesteuerung einführen:** Das einfachste Besteuerungssystem, welches jede Person nach ihrer individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beurteilt – unabhängig vom Zivilstand. Die Schweiz muss die Individualbesteuerung endlich einführen, da sie zu so vielen positiven Auswirkungen für die Schweiz führt: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerechten Besteuerung von Zweitverdienern, Zivilstandesneutralität (weder Heirats- noch Konkubinsstrafe) sowie Erhöhung der Steuereinnahmen und Sozialversicherungseinnahmen.
- › **Reale kalte Progression ausgleichen:** Zur realen kalten Progression kommt es, wenn Steuerpflichtige infolge allgemeinen realen Wirtschaftswachstums in eine höhere Progressionsstufe rutschen. Die Steuerlast stieg allein seit 1996 bereits um 4.3% durch diesen Effekt. Zudem werden tiefere Einkommensschichten überproportional mehr belastet.
- › **Easy Swiss Tax umsetzen:** Dieser Systemwechsel bleibt unser langfristiges Ziel, denn zu viele Abzüge erschweren nicht nur das Ausfüllen der Steuererklärung, sondern machen ein Steuersystem auch ineffizient. Das Schweizer System generiert längst Zielkonflikte, Mitnahmeeffekte und ungewollte Fehlanreize durch die vielfältigen Abzüge, welche in den Steuererklärungen vorgenommen werden können. Hier braucht es einen kompletten Neustart mit einer Steuererklärung, welche auf einem Bierdeckel Platz findet. Die Abschaffung der meisten Abzüge kann dann einher gehen mit einer beträchtlichen Senkung der Steuern. Alle haben dadurch wieder mehr Geld im Portemonnaie, welches sie statt der Abzüge für die Lebensunterhaltskosten oder Investitionen einsetzen können.

Fakten und Zahlen

- › 2.8% der Unternehmen zahlen rund 90% der direkten Bundessteuern¹⁵, 3.66% der Steuerzahler (natürliche Personen mit den höchsten Einkommen) zahlen mehr als 50% der direkten Bundessteuern natürlicher Personen.¹⁶
- › Multinationale Firmen trugen die letzten 10 Jahre 3.5 Milliarden CHF pro Jahr zum BIP bei und generierten 500 Millionen CHF Steuereinnahmen pro Jahr.¹⁷
- › Die Schweiz hat eine relativ schwache Progression auf dem Einkommen. Gleichzeitig ist die Einkommensverteilung in der Schweiz bereits sehr gleichmässig, vor jeglicher Umverteilung. Die Belastung auf den Kapitalerträgen ist in der Schweiz aber ausserordentlich hoch. Nominal bewegt sich die steuerliche Belastung um die 40%, real kann sie jedoch je nach Wirtschaftslage auch die 100% übersteigen.¹⁸

7. Forschung und Innovation zugunsten des Werkplatzes Schweiz

Ein international herausragender Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz ist Grundlage für den Erfolg des Werkplatzes Schweiz im internationalen Wettbewerb. Grösster Träger der Forschung und Entwicklung (F&E) in der Schweiz ist die Privatwirtschaft. Ihre Investitionen in der Schweiz sind aber rückläufig. Sie sind auf in der Schweiz angesiedelte Spitzenforschung angewiesen. Bisher konnte die Schweiz ihre Teilnahme an den innovativsten Projekten mit den besten Akteuren aus Industrie und Forschung durch ihre erfolgreiche Teilnahme an den Forschungsrahmenprojekten (FRP) der EU (Horizon 2020) sicherstellen. Der Assoziierung der Schweiz an das Nachfolgeprojekt Horizon Europe ist dementsprechend eine hohe Priorität einzuräumen. Dass allerdings die EU bereit ist, die Beteiligung der Schweiz an den FRP zu instrumentalisieren, hat sie schon 2014 bewiesen. Ein Ausschluss der Schweiz von der Assoziierung an Horizon Europe ist ein realistisches Szenario. Damit Unternehmen auf dem Werkplatz Schweiz weiterhin an Spitzenforschung teilhaben und dadurch ihre Innovationskraft erhalten können, ist es notwendig, sich auf eine Teilnahme an Horizon Europe als Drittstaat vorzubereiten sowie zugleich die Abhängigkeit von der Beteiligung an den FRP durch den Aufbau alternativer Strukturen zu verringern.

- › **Finanzierungssicherheit für Forschende in der Schweiz:** Die für Schweizer Forscher und Unternehmer im Drittlandstatus möglichen Teilnahmen an FRP sind durch den Bund finanziell zu ermöglichen. Dies kann aus den ansonsten für die Beteiligung an den FRP eingesetzten Mitteln finanziert werden. Notwendig ist dafür die Anpassung der Rechtsgrundlagen, um den flexiblen Einsatz der für die FRP vorgesehen Mittel zu ermöglichen.
- › **Kooperationen ausserhalb der EU suchen:** Spitzenforschung ist auf internationale Vernetzung angewiesen. Die Schweiz muss die Forschungszusammenarbeit mit Staaten ausserhalb der EU ausbauen. Es sind bi- und multilaterale Forschungsprogramme mit forschungsstarken Staaten wie bspw. UK, Südkorea oder Japan aufzubauen bzw. bereits bestehende entsprechende Forschungsprogramme auszuweiten und zu intensivieren. Dies muss baldmöglichst erfolgen, da ein solcher Aufbau 3-5 Jahre in Anspruch nehmen kann.
- › **PPP:** Es müssen vermehrt Public Private Partnerships im Bereich der Forschung und Innovation eingegangen werden. Dazu muss die Schweiz für internationale Forschungs- und Entwicklungseinheiten attraktiv sein. Konzepte, wie dasjenige der Innovationsparks, das fertig erschlossene Grundstücke und Geschossflächen im Umfeld bestehender Hochschulen und Unternehmen bereitstellt und ein ausreichendes Ausbaupotenzial anbietet, sind zu fördern und weitere ähnliche Projekte zu entwickeln.

Fakten und Zahlen

- › 2017 wurden in der Schweiz 22,6 Milliarden Franken für F+E-Aktivitäten aufgewendet. Die Privatunternehmen steuerten mit 15,6 Milliarden Franken mehr als zwei Drittel, die Hochschulen mit 6,2 Milliarden gut ein Viertel der Gesamtaufwendungen bei. Zum ersten Mal in 20 Jahren gingen 2017 die F+E-Aufwendungen der Unternehmen im Vergleich zur letzten Erhebung (2015) leicht zurück (–11 Mio. Franken, knapp –0,1%).¹⁹
- › Gemäss Schätzung des ETH Präsidenten sind von den 9000 an der ETH momentan laufenden internationalen Kollaborationen 4900 von der EU-Kooperation abhängig.²⁰

8. Finanzsektor

Der Schweizer Finanzsektor schafft durch seine Dienstleistungen enorm viele Arbeitsplätze, zahlt hohe Steuereinnahmen und investiert in den Standort Schweiz. Dieser Mehrwert muss unbedingt bewahrt werden. Die Schweizer Finanzbranche hat Kompetenz, Erfahrung und Stabilität zu bieten und muss diese Vorteile ausspielen können. Regulierung darf nur risikobasiert vollzogen werden, muss trotzdem Kontinuität gewährleisten und darf einem Sektor nicht das Wirtschaften verunmöglichen. Ansonsten haben wir zwar die Risiken eliminiert, gleichzeitig aber eben auch den Finanzsektor.

- › **Kapitalmarkt stärken:** Abgaben, welche den Kapitalmarkt Schweiz einschränken, müssen schrittweise abgeschafft werden, damit Finanzierungen in der Schweiz stattfinden können. Die Schweizer Börse muss zudem im Prozess um die Börsenäquivalenz unterstützt werden und sich innovativ zeigen können, um wettbewerbsfähig zu bleiben.
- › **Kein Swiss Finish:** Der Finanzplatz hat Regulierung auszuhalten, damit das Risiko für die Systemstabilität minimiert wird. Doch diese muss sich am internationalen Umfeld orientieren und darf nicht mit einem Swiss Finish verschärft werden. Die Branche darf auch nicht durch eine zusätzliche und stete Regulierung durch die Aufsichtsbehörde eingedeckt werden. Konstanz gibt der Branche Sicherheit und motiviert zu Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen.
- › **Führende Stellung als nachhaltiger Finanzplatz etablieren:** Die Anstrengungen des Finanzplatzes, die Schweiz zu einem führenden Zentrum nachhaltiger Finanzen zu entwickeln, sind mit Nachdruck zu unterstützen. Im kontinuierlichen Dialog zwischen Marktteilnehmern und Behörden sind die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür auszugestalten. Die Schweiz soll sich an den internationalen Offenlegungsstandards und Nachhaltigkeitskriterien orientieren und verstärkt die Auswirkungen des Klimawandels auf die (Real-)Wirtschaft aufzeigen, so dass Anlegerinnen und Anleger ökonomisch und ökologisch sinnvolle Investitionen tätigen können.

Fakten und Zahlen

- › Der Schweizer Finanzsektor (bestehend aus dem Banken- und Versicherungssektor) bietet 208'000 Vollzeitstellen, 12.9% der Bruttowertschöpfung geht direkt oder indirekt auf den Finanzsektor zurück und dieser Sektor zahlt 19.3 Mia. CHF an Steuern.²¹
- › Der Schweizer Finanzplatz verliert an Konkurrenzfähigkeit. Zürich fiel zwischen 2009 und 2019 von Platz 5 auf Platz 8 zurück, Genf von Platz 6 auf Platz 28.²²

Quellenangaben

- ¹ Bundesrat (2013) Bericht über die Regulierungskosten, Seite 12
- ² World Bank Group (2019) Doing Business Economy Profile Switzerland
- ³ McKinsey & Company (2019) Switzerland Wake up, Seite 11
- ⁴ UBS (2019) Mehr Stellen – aber gibt es auch genügend Arbeitskräfte?, <https://www.ubs.com/global/de/ubs-news/r-news-display-ndp/de-20190711-outlook-3q19.html>
- ⁵ SECO (2019) 15. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU, Seite 4
- ⁶ Staatssekretariat für Migration (2019) Statistik Zuwanderung. Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz, Seite 7
- ⁷ SECO (2019) 15. Bericht des Observatoriums zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EU, Seite 60, 64, 86ff.
- ⁸ Avenir Suisse (2017) Wenn die Roboter kommen, Seite 39
- ⁹ Schweizer Nationalbank (2019) Volkswirtschaftliche Daten Aussenhandel, <https://data.snb.ch/de/topics/aube#!/cube/ausshaverq/> economiesuisse (2019) Hohe Bedeutung von Direktinvestitionen, <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/hohe-bedeutung-von-direktinvestitionen-fuer-die-schweiz>
- ¹⁰ SECO (2016) Wirtschaftliche Bedeutung der Freihandelsabkommen für die Schweiz. Fokus auf Partner ausserhalb der Schweiz, Seite 4.
- ¹¹ EDA (2019) Schweiz-EU in Zahlen. Statistiken zu Handel, Bevölkerung und Verkehr, Seite 11
- ¹² Avenir Suisse (2019) Auswirkungen der Bilateralen auf die Beschäftigung in der Schweiz, Seite 7
- ¹³ Bertelsmann Stiftung (2019) Ökonomische Effekte des EU-Binnenmarktes in Europas Ländern und Regionen. Zusammenfassung der Studie, Seite 4
- ¹⁴ Economiesuisse (2016) Entwicklung des BIP pro Kopf. Das Wachstum der Schweiz ist besser als sein Ruf, Seite 17
- ¹⁵ KPMG (2019) Clarity on Swiss Taxes, Seite 6
- ¹⁶ KPMG (2019) Clarity on Swiss Taxes, Seite 18
- ¹⁷ McKinsey & Company (2019) Switzerland Wake up, Seite 11
- ¹⁸ Avenir Suisse (2013) Zwischen Last und Leistung, Seite 27 und Seite Seite 70ff
- ¹⁹ Bundesamt für Statistik (2019), Forschung und Entwicklung in der Schweiz 2017, S. 6.
- ²⁰ NZZ (5. Februar 2019), Die EU lässt die Schweizer Forscher im Ungewissen.
- ²¹ SwissBanking (2019) Finanzplatz in Zahlen, <https://www.swissbanking.org/finanzplatz-in-zahlen/finanzsektor/>
- ²² Global Financial Centers Index (2009 / 2019), https://www.longfinance.net/media/documents/GFCI_25_Report.pdf